Pressemitteilung

Autogipfel im Kanzleramt: BNW kritisiert Rückwärtsgang bei der Mobilitätswende

Berlin, der 09.10.2025: Anlässlich der Forderungen von Teilen der Regierung, die Flottengrenzwerte aufzuweichen, äußert der BNW deutliche Kritik. Der Verkehrssektor reißt seit Jahren Sektor- und Klimaziele. Eine Fristverschiebung sendet völlig falsche Signale an Industrie und Verbraucher. Die Regierung muss Planbarkeit herstellen – und Mobilität breiter denken: mit mehr ÖPNV, Schienen-, Rad- und Fußverkehr.

„Jetzt die Flottengrenzwerte auf EU-Ebene abzuschwächen, ist falsch. Deutschland muss Standortsicherheit und Klimaschutz in Einklang bringen. Ansonsten machen das andere Player auf dem Weltmarkt und überholen uns. Wettbewerbsfähigkeit entsteht nicht, wenn wir den Augen vor dem weltweiten Boom der E-Mobilität verschließen – sondern, wenn wir Innovation fördern und fordern." so Prof. Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin beim Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. Der Verband erteilt Plänen, die Flottengrenzwerte ab 2030 zu verschieben und das Verbot für Verbrenner-Neuzulassungen nach 2035 aufzuweichen eine Absage. „Das Verbot nach 2035 neue Verbrenner zuzulassen, schafft Verlässlichkeit für Industrie und Verbraucher:innen. Statt sich in Ausnahmen für Range-Extendern und Plug-in-Hybride zu verlieren, müssen wir darüber reden, wie eine attraktive Ladeinfrastruktur und ausreichend günstiger und grüner Strom bereitgestellt werden kann. Durch die Elektrifizierung wird Mobilität leistbar – nicht durch fossile Abhängigkeiten" so Reuter weiter.

Mobilität breiter denken

Der Bundesverband fordert die Bundesregierung auf, Mobilität im Verkehrsbereich breiter zu denken. „Die Regierung muss zweigleisig fahren: einerseits die Ladeinfrastruktur ausbauen und andererseits mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene bringen will. Dass ihr das bisher nicht gelingt, zeigt die endlose Debatte um das Deutschlandticket. 2026 steigen die Ticketpreise das zweite Jahr in Folge. Klimafreundliche Mobilität muss vielfältig und sozial-gerecht sein." Neben der Förderung von mehr Schienenverkehr, plädiert der BNW auch für verstärkte Investitionen in den ÖPNV sowie die Rad- und Fußwegeinfrastruktur.

Klimaziele im Verkehrssektor einhalten

„Deutschland verfehlt seit Jahren seine Klimaziele im Verkehrssektor. Die damit verbundenen Strafzahlungen an die EU fehlen bei der Infrastrukturförderung – für ein modernes Ladenetz, für einen leistbaren ÖPNV, für funktionierende Radwege." Die Einführung des Europäischen Emissionshandelssystem II in den Bereichen Gebäude und Verkehr wird ab 2027 zu weiter steigenden Kosten für Verbrenner führen. „Die Politik muss den Bürger:innen klar vermitteln, dass die Entscheidung für einen Verbrenner in den kommenden Jahren schlichtweg nicht mehr wirtschaftlich sein wird. Leistbare Mobilität gelingt langfristig nur mit dem Umstieg auf E-Mobilität und andere

Verkehrsmittel. Diese Themen gehören angesprochen – nicht totgeschwiegen und verschoben“ so Reuter abschließend.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Joscha Frost

Pressereferent

frost@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Nachhaltigkeitsaspekte ein. Mit seinen 700 Mitgliedsunternehmen steht der Verband für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

https://www.bnw-bundesverband.de/